

Europa am Gemeinwohl ausrichten

Gemeinsame Aktion 2019 von Justitia et Pax Europa im Hinblick auf die Europawahlen 2019

Justitia et Pax Europa deutet die Zeichen der Zeit im Lichte der katholischen Soziallehre. Sie konzentriert sich auf die europäische Politik und die europäischen Institutionen mit der konkreten Absicht, alle Initiativen zum Verständnis des Gemeinwohls zu unterstützen, die eine größere soziale Gerechtigkeit fördern, Frieden und Stabilität in Europa und der Welt stärken, Gottes Schöpfung schützen und die weltweite Achtung der Menschenrechte bekräftigen. Im Einklang mit ihrer Mission bietet Justitia et Pax Europa allen Europäern - seien sie Christen, Angehörige einer anderen Religion oder nicht religiös - im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament vom 23. bis 26. Mai 2019 folgende Überlegungen und Vorschläge in Form ihrer jährlichen gemeinsamen Aktion 2019 an:

Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft - eine Schlüsselaufgabe des Europäischen Parlaments

Die Mitglieder des nächsten Europäischen Parlaments werden gemeinsam mit dem Ministerrat über Vorschläge der Europäischen Kommission beraten. Der größte Teil des Gesetzgebungsprozesses und die wichtigsten Vorschriften für europäische Bürger, unabhängig davon, ob sie in einem Land der Europäischen Union oder in einem anderen europäischen Land wohnen, beziehen sich auf das Funktionieren des Binnenmarkts. Basierend auf dem Grundsatz des freien Waren-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs bildet der Binnenmarkt - wie er in den Europäischen Verträgen verankert ist - das Fundament der größten Marktwirtschaft der Welt.

Sie hat in den letzten Jahrzehnten zu einer enormen Steigerung des materiellen Wohlergehens innerhalb Europas beigetragen. Eine freie Marktwirtschaft braucht aber auch klare Regeln und eine Infrastruktur für ihre Steuerung im Hinblick auf das Gemeinwohl der Bürger, die von den Staaten bereitgestellt werden müssen. Andernfalls nehmen die unerwünschten Folgen zu. Dies muss durch Aufsicht und Regulierung durch die legitimen politischen Behörden angegangen werden. Daher fordert der Vertrag über die Europäische Union die Schaffung einer sozialen Marktwirtschaft und verlangt von ihren Institutionen die Förderung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts. Die in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union geförderten Werte dienen den Mitgliedern des nächsten Europäischen Parlaments als Orientierung, um unerwünschte Auswirkungen auf den Binnenmarkt zu beheben und zu korrigieren.¹

Vier Themen und vier Prioritäten, die das nächste Europäische Parlament berücksichtigen sollte

¹ In Artikel 2 des EU-Vertrages heißt es : «Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet. »

Justitia et Pax Europa hat vier Bereiche identifiziert, in denen der Binnenmarkt hinsichtlich der Werte und Prinzipien der Europäischen Union sowie der Soziallehre der Kirche nicht gut funktioniert.² Das nächste Europäische Parlament sollte sich intensiv mit diesen Punkten befassen. Natürlich sind dies nicht die einzigen Fragen, aber sie veranschaulichen sehr gut unsere Besorgnis, da sie einen Verstoß gegen folgende Grundsätze darstellen:

1. Soziale Gerechtigkeit, weil die derzeitige ungerechte Verteilung von Chancen und Reichtum, aber auch Armut und soziale Ausgrenzung im Gebiet des Binnenmarktes und in den einzelnen Regionen zu negativen und grundlegenden demographischen, kulturellen und sozialen Folgen führt,
2. Sorge für die natürliche Umwelt (Schöpfung) aufgrund eines unannehmbar hohen Maßes an Nahrungsmittelverschwendung, was auf die Dominanz eines Produktions- und Konsummodells hinweist, das der Tugend der Mäßigung entgegensteht und der Umwelt schadet,
3. Globaler *Frieden* wegen mehrfacher Waffenexporte in Gebiete mit Krieg und bewaffneten Konflikten, was im Widerspruch zu einem bestehenden Abkommen zwischen den Mitgliedsstaaten steht.
4. Achtung der Menschenrechte, weil einige sehr große europäische Unternehmen, die ihren Sitz im Gebiet des Binnenmarktes haben, auf der ganzen Welt in einer Art und Weise tätig sind, bei der Menschenrechtsverletzungen auftreten können.

Ad 1. Regionale Unterschiede und Migration innerhalb der EU: die Notwendigkeit einer neuen und umfassenden Europäischen Regionalentwicklungspolitik

Im Jahr 2017 lagen die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde in der EU zwischen 4,90€ in Bulgarien und 42,50€ in Dänemark. Ein intensiver Anpassungsprozess, der vor der Finanzkrise von 2008 - 2009 zu beobachten war, hat sich inzwischen verlangsamt. Regionale Unterschiede sind im Binnenmarkt bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich, aber das derzeitige Gefälle ist von solcher Tragweite, dass viele Europäer beschließen, ihre Herkunftsregion oder ihr Herkunftsland zu verlassen und an Orte mit besseren Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten auszuwandern. In den letzten 25 Jahren hat Bulgarien beispielsweise 10 % seiner Bevölkerung verloren, und oft sind die, die gehen, hoch qualifiziert und gehören zur jüngeren Generation. In anderen Ländern ist die Situation ähnlich und in fast allen Mitgliedsstaaten ist eine Abwanderung aus ländlichen und unterentwickelten Gebieten zu beobachten. Die Entvölkerung großer Teile der Europäischen Union und die Verarmung derjenigen, die zurückbleiben, sind negative Nebenwirkungen des Binnenmarktes, die nicht toleriert werden dürfen.

Stattdessen erfordern eine soziale Marktwirtschaft und das Prinzip des territorialen Zusammenhalts die Gestaltung einer neuen und umfassenden europäischen Regionalentwicklungspolitik, die auf der bestehenden Regionalpolitik aufbaut und

² Aufgrund bilateraler Abkommen oder ihres laufenden Beitrittsverfahrens sind auch europäische Länder außerhalb der Europäischen Union von der Problematik des Binnenmarktes betroffen.

versucht, sie zu verbessern, anstatt sie zu untergraben.

Das nächste Europäische Parlament sollte dies zu einer Priorität erklären, denn das hohe Maß an Misstrauen gegenüber den europäischen Institutionen, einschließlich des Europäischen Parlaments, resultiert zumindest teilweise aus ihrer empfundenen oder tatsächlichen Ineffizienz angesichts der wachsenden sozialen und territorialen Disparitäten innerhalb der EU.

Ad 2. Nahrungsmittelverschwendung - ein Produktions- und Verbrauchsmodell, das dringend korrigiert werden muss.

Die enorme Verschwendung von Lebensmitteln in den Industrieländern ist ein skandalöses Beispiel für die negativen Auswirkungen der vorherrschenden Produktions- und Konsumgewohnheiten. Papst Franziskus hat wiederholt auf diesen Skandal hingewiesen. Sie belastet unsere Ökosysteme stark und ist umso beunruhigender, als Millionen von Menschen weltweit unter Hunger leiden. Ziel 12.3 der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) fordert die Halbierung der Nahrungsmittelverschwendung auf Einzelhandels- und Verbraucherebene. In der EU wird die Menge der Lebensmittelabfälle auf 88 Millionen Tonnen pro Jahr geschätzt, was mehr als einem Fünftel der Produktion entspricht. Bei solchen Verhältnissen ist eine drastische Veränderung notwendig. Sie stellt eine komplexe Herausforderung für das gesamte Lebensmittelsystem, einschließlich des Verbraucherverhaltens, dar.

Im August 2016 richtete die Europäische Kommission eine EU-Plattform für Lebensmittelverluste und Lebensmittelverschwendung ein und veröffentlichte 2017 EU-Leitlinien zur Erleichterung von Lebensmittelspenden. Im Frühjahr 2018 verabschiedeten das Europäische Parlament und der Ministerrat eine überarbeitete EU-Abfallrahmenrichtlinie, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, Lebensmittelabfälle auf jeder Stufe der Produktions- und Lieferkette zu reduzieren und die Menge der Lebensmittelabfälle besser zu überwachen. Es muss noch mehr getan werden, und das nächste Europäische Parlament sollte die anderen europäischen Institutionen dazu anhalten, erhebliche Fortschritte bei der Reduzierung der Lebensmittelabfälle zu erzielen, z. B. durch die Korrektur seiner Leitlinien für die Mindesthaltbarkeitsdaten, die schätzungsweise für 10% der Lebensmittelabfälle verantwortlich sind. Die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen, einschließlich des Europäischen Parlaments, müssen zusammenarbeiten, um einheitliche Methoden und Klassifizierungssysteme zur Quantifizierung von Lebensmittelverschwendung auf jeder Stufe der Nahrungsmittelversorgungskette zu schaffen. Auf der Grundlage einer einheitlichen und abgestimmten Methodik zur Messung von Lebensmittelabfällen sollte das nächste Europäische Parlament die Einführung einer verbindlichen Zielvorgabe zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen auf EU-Ebene fordern. Die Einführung eines "Guter-Samariter-Gesetzes" auf europäischer Ebene, das einen besseren Rechtsschutz für Lebensmittelspender bieten würde, wenn sie Menschen in Not angemessene Unterstützung anbieten, könnte ebenfalls ein positiver Schritt sein. Dennoch ist das wichtigste Thema ein Bewusstseins- und Gesinnungswandel bei allen Beteiligten. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments sind als Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auch Vorbilder und sollten daher entsprechend handeln. Natürlich sehen wir auch Verbesserungsbedarf im Konsumverhalten der Kirche im Allgemeinen und bei uns selbst, als Individuen und

Familien.

Ad 3. Förderung des Friedens in der Welt und Eindämmung irregulärer Waffenausfuhren der EU

In den letzten Jahren wurden im europäischen Binnenmarkt hergestellte Waffen in vielen Kriegen und bewaffneten Konflikten eingesetzt. Die EU ist der zweitgrößte Waffenexporteur der Welt. Im Jahr 2017 hatten die 28 EU-Länder nach den USA (57%) und vor Russland (9,5%) laut dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) einen Anteil von 24%³ an den gesamten Waffenexporten. Während die Gesamtausfuhren von Waffen aus der EU im Zeitraum 2013-2017 im Vergleich zu 2008-2012 um 10% gestiegen sind, stiegen die Ausfuhren in den Nahen Osten in diesem Zeitraum um 103%. Es ist bedauerlich festzustellen, dass die europäischen Waffenfabriken zu den wichtigsten Waffenlieferanten der Region gehören. Die Wahrung des Friedens und die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit waren die wichtigsten Gründe, warum die Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihrer Zusammenarbeit begonnen haben, und dies sind auch die wichtigsten Werte, die die EU in ihrer Außenpolitik gemäß dem Vertrag über die Europäische Union fördern soll (Artikel 21). Um Konflikte zu vermeiden und die internationale Sicherheit zu stärken, hat die EU bereits 1998 einen Verhaltenskodex für Waffenausfuhren aufgestellt. Im Jahr 2008 wurde er weiterentwickelt und in "Gemeinsamer Standpunkt des EU-Rates betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern" umbenannt. Er legt fest, unter welchen Umständen die EU-Mitgliedstaaten Unternehmen die Genehmigung zum Export von Waffen verweigern sollen. So dürfen Waffen nicht an Länder geliefert werden, die in Kriege und Konflikte verwickelt sind, die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen, oder an Länder, in denen das Risiko der Übertragung der Waffen in Krisen- oder Konfliktgebiete hoch ist, an Länder, die terroristische Organisationen unterstützen, oder in denen die hohen Kosten für Rüstungsgüter die eigenen Entwicklungsperspektiven des Landes erheblich beeinträchtigen würden. Bei der Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen an Rüstungsexportunternehmen haben die EU-Mitgliedstaaten jedoch häufig gegen diese Regeln verstoßen, wie das Europäische Parlament im November 2018 in Erinnerung brachte. In seiner Entschließung hat das Europäische Parlament die Einführung eines Mechanismus zur Sanktionierung von Mitgliedstaaten gefordert, die dem Gemeinsamen Standpunkt nicht entsprechen. In einem Gebetsvideo im Juni 2017 und bei vielen anderen Gelegenheiten hat Papst Franziskus um Gebete für "politische Verantwortungsträger gebeten, damit sie sich entschieden dafür engagieren, dem Waffenhandel ein Ende zu setzen, der unzählige unschuldige Opfer verursacht".

Justitia et Pax Europa erwartet von den Mitgliedern des nächsten Europäischen Parlaments, dass sie den Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Waffenexporten uneingeschränkt unterstützen und aktiv geeignete Maßnahmen fördern, die sicherstellen, dass er von den europäischen Mitgliedstaaten uneingeschränkt anerkannt und umgesetzt wird. Für den Fall, dass die Mitgliedstaaten gegen die Regeln verstoßen, sollte ein wirksames Sanktionssystem eingerichtet werden. Das nächste Europäische

³ Von allen Waffenexporten der EU entfallen zwei Drittel auf Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich.

Parlament sollte auch EU-Initiativen unterstützen, um diplomatische Lösungen für Konflikte zu propagieren und den Ländern zu helfen, Entwicklungsprobleme mit Fair-Trade-Regeln und mit zielgerichteten und gemeinsam entwickelten Partnerschaftsprogrammen zu lösen.

Ad 4. Achtung der Menschenrechte und ein rechtsverbindliches Instrument für multinationale Unternehmen

Transnationale Unternehmen haben ihre Expansion in jedes Land der Welt aufgrund der Globalisierung und des aktuellen Konzepts der wirtschaftlichen Entwicklung vollzogen. Das BIP einiger Staaten ist kleiner als der Umsatz der größten multinationalen Konzerne und sie erleben Situationen der Verletzlichkeit diesen gegenüber: Korruption; Angst, aus dem Wirtschaftssystem und der globalen Wertschöpfungskette ausgeschlossen zu werden; politische Auflagen eigennütziger Eliten. Multinationale Unternehmen intervenieren auf höchster politischer Ebene, um Zugang zu natürlichen Ressourcen zu bekommen und diese zu nutzen, spezielle Steuerregelungen zu erhalten, unangemessene Vorteile aus öffentlichen Infrastrukturprogrammen zu ziehen und Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen zu erreichen.

Papst Franziskus und seine Vorgänger haben wiederholt multinationale Unternehmen gebeten, sich bei all ihren Aktivitäten für die Achtung der Menschenrechte einzusetzen. Heute erscheint es geboten, öffentliche Mittel für die Gründung von Einrichtungen zur Kontrolle, Überwachung und Bestrafung der transnationalen Unternehmen bereitzustellen. Diese Stellen würden regelmäßig die Einhaltung der Unternehmensverpflichtungen in Bezug auf die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und der entsprechenden verbindlichen Sorgfaltspflichten prüfen. Das nächste Europäische Parlament könnte eine Initiative zur Gründung einer solchen Institution für die Überwachung multinationaler Unternehmen ergreifen, deren Hauptmarkt der Binnenmarkt ist. Ferner sollte das kommende Europäische Parlament weiterhin ein aktives und konstruktives Engagement der Europäischen Union - auf der Grundlage eines Verhandlungsmandats des Ministerrates - mit der offenen zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen in Bezug auf Menschenrechte fördern.